

Krebs und Kraftwerk

Angesichts erhöhter Krebsraten in der Nähe des Atomkraftwerkes Brokdorf streiten Experten darüber, ob es einen Zusammenhang zwischen dem AKW und den Erkrankungen gibt. **Seite 2**



Schon wieder ein Adelige!

Mit Thomas de Maizière hat nun ein hugenottischer Edelmann das Sagen im Bendlerblock. Diesmal ist es einer, der besonders gut das ausführt, was andere gedacht haben. **Seite 3**



Anne Franks Versteck in 3D

Das Multimediaprojekt »Das Hinterhaus Online« macht das Versteck der Familie Frank virtuell im Internet begehbar. Die Texte dafür sprachen die Schauspielerinnen Katja Riemann und ihre Tochter. **Seite 13**

Standpunkt

Hier und jetzt

Von Regina Stötzel

Es mag die Unionskollegen nicht gefreut haben, dass der neue Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) als erste Amtshandlung die nächste Debatte über den Islam angezettelt hat. Verteidigt werden muss er dennoch gegen den Bundespräsidenten und seine Multi-Kulti-Bande, sind die Argumente auch noch so dümmlich. Denn nach dem, was eine Gesellschaft prägt, ausschließlich in der »Historie« zu suchen, wie es Friedrich tat, und nicht im Hier und Jetzt, ist nun einmal nicht intelligent zu nennen. Ob es einem gefällt oder nicht: Zur Kultur in Deutschland zählen auch Heidi Klum und andere beliebte Abgründe des Fernsehprogramms, obwohl sich dafür in der Historie keine Belege finden lassen. Gesellschaften und ihre Kulturen verändern sich – sei es aufgrund von Migration; sei es, weil eine in ihrer Zusammensetzung weitgehend unveränderte Gesellschaft Erfindungen hervorbringt oder Kriege führt.

Bei Politikern wie Volker Kauder und Alexander Dobrindt, die zwar die Muslime, nicht aber ihre Religion zu Deutschland zählen möchten, hört man die abschätzige Haltung gegenüber den »Gastarbeitern« heraus, die das Bruttosozialprodukt mehren, aber dann wieder nach Hause fahren sollen, ohne Spuren jenseits der Dönerbude zu hinterlassen. Zu widerhandlungen werden sofort mit Abschiebung bestraft.

Wie sehr der Islam die deutsche Einwanderungsgesellschaft prägt, beweist allein schon die Debatte darum.

Unten links

Heute, am **Rosenmontag**, leisten wir Abbitte. Abbitte für den wohlfeilen Spott, mit dem wir die Karnevalisten überzogen, für die bössartigen Fantasien, mit denen wir sie in die Wüste, auf den Mond oder unter die Erde wünschten. Jetzt, inmitten der weltweiten revolutionären Erschütterungen, erkennen wir das packende Potenzial im Jux der Jecken. Vertreter der dekadenten Klassen werden kleingemacht – durch überlebensgroße Pappfiguren. Auf Prunk- und Stunksitzungen wird in rebellischen Reden wider die Herrschenden gewettert – mit einer Ausdauer, die an Fidel Castros legendäre Auftritte erinnert. Radikale Rufe wie »Mainz bleibt Mainz« und »Mer losse d'r Dom in Kölle« bieten dem Allmachts-wahn des Großkapitals Paroli. Die Karnevalisten – feste Verbündete des fortschrittlichen Proletariats. Leider hat das die LINKE bislang nicht erkannt. Wie andere Parteien bereitet sie übermorgen bei einem sogenannten Politischen Aschermittwoch dem Spaß ein Ende. Mit Ernst. *ibo*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Union verteidigt das Abendland

Bundesinnenminister Friedrich erhält für islamfeindliche Äußerungen Beifall aus CDU und CSU

Gehört der Islam zu Deutschland? Darüber wird derzeit wieder eifrig diskutiert. Auslöser war eine Äußerung des neuen Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich (CSU). Dieser hatte betont, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre. Dafür gab es am Wochenende Beifall von den Parteikollegen. Trotz heftiger Kritik nahm Friedrich seine umstrittenen Äußerungen nicht zurück, zeigte sich aber gegenüber Muslimen Gesprächsbereit.

Berlin (ND-Lambeck/Agenturen). Die Union fürchtet um ihr christliches Abendland. Nach der teils heftigen Kritik an seiner Islam-Äußerung hat der neue Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich betont, den Dialog mit den Muslimen in Deutschland voranbringen zu wollen. »Die Einladung für die nächste deutsche Islamkonferenz am 29. März steht«, sagte der CSU-Politiker am Wochenende in Berlin. Friedrich hatte am vergangenen Donnerstag gesagt, die in der Bundesrepublik lebenden Menschen islamischen Glaubens gehörten zu Deutschland. »Aber dass der Islam zu Deutschland gehört, ist eine Tatsache, die sich auch aus der Historie nirgends belegen lässt.« Für diese Äußerungen hatte der Ressortleiter viel Schelte einstecken müssen. Und das nicht nur von Opposition und muslimischen Verbänden, sondern auch vom Koalitionspartner FDP.

Am Wochenende bekam der Minister nun Schützenhilfe aus den eigenen Reihen. »Der Islam hat unsere Gesellschaft nicht geprägt und prägt sie auch heute nicht. Der Islam gehört damit nicht zu Deutschland«, behauptete etwa Unionsfraktionschef Volker Kauder in der »Passauer Neuen Presse«. Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) begrüßte die von Friedrich angestoßene Debatte. Zwar sei die Reli-



Zwei Türme in Koexistenz – hier in Mannheim

Foto: dpa/Ronald Wittek

gionsfreiheit für ihn »natürlich« selbstverständlich, »prägend für uns in Deutschland soll aber nach meiner Überzeugung stets das christliche Menschenbild sein, das auch Grundlage unserer Verfassung ist«, sagte Mappus der »Leipziger Volkszeitung«.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) ging noch weiter: Es müsse klar sein, »dass sich in Deutschland lebende Muslime unserer freiheitlichen Rechtsordnung anpassen müssen, nicht aber Deutschland dem Islam«, sagte Herrmann der Onlineausgabe der »Mitteldeutschen Zeitung«. Allerdings wollten sich nicht alle Unionskollegen in den Kampf der Kulturen stürzen. So bekräftigte Bundespräsident Christian Wulff (CDU) seine Äußerungen aus dem Vorjahr, wonach der Islam ein Teil von Deutschland sei.

Kritik an Friedrich übten die Vertreter muslimischer Verbände. Friedrich habe die Islamkonferenz, für die er zuständig ist, in Verfall gebracht, sagte der Vorsitzende des deutschen Islamrats, Ali Kizilkaya, der »Bild«-Zeitung. Der Chef der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, sagte dem Blatt, man wolle auch mit dem neuen Innenminister Dialog. Aber: »Wenn der Innenminister den Streit sucht, wird er ihn bekommen.« SPD, Grüne und LINKE hatten Friedrichs Äußerung ebenfalls scharf kritisiert. So sagte Jan Korte, Mitglied im Vorstand der Bundestagsfraktion der LINKEN, am Sonntag: »Wer so wie Friedrich erst vier Millionen Muslimen in Deutschland signalisiert, dass sie für ihn nicht dazugehören, um dann ein Gesprächsangebot nachzuschicken, hat noch nicht begriffen, dass er nicht mehr irgendwelche imaginären bayerischen Interessen vertritt, sondern allen Menschen im Land zu dienen hat.«

Massenflucht aus dem umkämpften Libyen

Beratung über Venezuelas Vermittlungsvorschlag / LINKE kritisiert deutsche Rüstungslieferungen

Mit Boden- und Luftangriffen versuchen die Anhänger des libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafi, die Aufständischen zurückzudrängen. Unterdessen geht die Evakuierung von Flüchtlingen weiter.

Tripolis/Berlin (Agenturen/ND). Das libysche Staatsfernsehen meldete am Sonntag die Rückeroberung der Städte Ras Lanuf, Tobruk und Misrata, was die Aufständischen umgehend dementierten. Am Sonntagmorgen flog die Luftwaffe zwei Angriffe auf Posten der Aufständischen in der strategisch wichtigen Hafenstadt Ras Lanuf, wobei nach Angaben der Gaddafi-Gegner jedoch niemand verletzt wurde. Das Zentrum der drittgrößten Stadt Misrata wurde nach Angaben eines Bewohners mit Panzerfeuer angegriffen. Wenn die internationale Gemeinschaft nicht eingreife, werde es ein Blutbad geben, warnte der Bewohner.

Die EU entsandte zur Einschätzung der nötigen Hilfsmaßnahmen ein Expertenteam nach Libyen.

Unterstützt von USA und EU, haben Tunesien, Algerien und Ägypten am Wochenende ihre Bemühungen verstärkt, Flüchtlinge aus dem benachbarten Libyen

aufzunehmen und nach Hause zu bringen. An der Evakuierung beteiligten sich Schiffe und Flugzeuge der Bundeswehr. Drei Schiffe der Deutschen Marine nahmen in Tunesien mehr als 400 ägyptische Flüchtlinge aus Libyen an Bord.

Das linke lateinamerikanische Staatenbündnis Alba beriet den Vorschlag von Venezuelas Staatschef Hugo Chávez zur Entsendung einer Friedenskommission nach Libyen. Tripolis unterstützte einen Dialog, sagte der venezolanische Außenminister Nicolás Maduro bei

der Sitzung in Caracas. »Sie haben uns bevollmächtigt, die Mitglieder auszusuchen und die Teilnahme an diesem Dialog zu koordinieren«, betonte Maduro unter Hinweis auf ein Schreiben des libyschen Außenministeriums. »Wir sind für die Einheit Libyens, die Diplomatie des Friedens und gegen die kriegerische Version, die die NATO und die USA dem libyschen Volk aufdrängen wollen.«

Die LINKE-Fraktion im Bundestag übte scharfe Kritik an der Ausrüstung libyscher Sicherheitskräfte

durch deutsche Firmen. Fraktionsvize Jan van Aken wies darauf hin, dass mit Genehmigung der Bundesregierung allein im Jahr 2009 Rüstungsgüter im Wert von 53,2 Millionen Euro an Libyen geliefert worden seien. Im Zeitraum von 2005 bis 2009 betrug das Volumen demnach insgesamt 83,5 Millionen Euro. Van Aken berief sich auf die Rüstungsexportberichte der Bundesregierung sowie auf eine Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Fraktion.

Weitere Berichte Seiten 7 und 8



Den Gegner im Blick: Luftbeobachter der Aufständischen in Ras Lanuf

Foto: AFP/Roberto Schmidt

Hohe Hürden für die CCS-Technik

LINKE Brandenburg klopft Bedingungen fest

Potsdam/Wernigerode (ND). An eine ganze Palette von Forderungen knüpfte am Sonnabend ein Parteitag der Brandenburger Linkspartei die Erprobung der CCS-Technik. Damit macht die LINKE dem Energiekonzern Vattenfall die CO₂-Verpressung bei Beeskow und Neutrebbin nahezu unmöglich. Entscheidend ist die Bedingung, dass nichts gegen den Willen der Bevölkerung geschehen soll. Die Delegierten forderten die Einführung der Gemeinschaftsschule und beschlossen die Trennung von Ministeramt und Abgeordnetenmandat. Wirtschaftsminister Ralf Christoffers und Umweltministerin Anita Tack müssen ihre Landtagsitze jetzt aber nicht räumen. Die Regelung gilt erst für die Zeit nach der Landtagswahl 2014.

Statt roter Haltelinien im Parteiprogramm wünschte sich der Landesvorsitzende Thomas Nord »rote Handlungslinien«. Eine Haltelinie im Programmwurf – kein Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst – habe die märkische LINKE im Koalitionsvertrag mit der SPD schon übertreten.

Die Fraktion der Linkspartei im Berliner Abgeordnetenhaus stimmte sich in Wernigerode (Sachsen-Anhalt) bei einer Klausurtagung auf die Wahlen zum Landesparlament in sechs Monaten ein. Angesichts drohender Wohnungsnot forderte sie einen neuen sozialen Wohnungsbau.

Seiten 2, 4, 11 und 14

Sport

Van Gaal unter Druck

Hannover (ND). Nach dem 1:3 im Fußball-Bundesligaduell gegen Hannover 96 steht der Trainer von Bayern München, Louis van Gaal, stark unter Druck. Nun ist sogar die Qualifikation für die Champions League in Gefahr. In der 2. Liga trennten sich Erzgebirge Aue und Union Berlin am Sonntag 0:0.

Titel für Biathleten

Chanty-Masjisk (ND). Bei den ersten Einzelwettbewerben der Biathlon-WM in Russland holten Magdalena Neuner und Arnd Peiffer jeweils Gold im Sprint. In der Verfolgung am Sonntag wurde Neuner Zweite, Peiffer kam auf Rang vier.

Abschluss in Oslo

Oslo (ND). Mit zwei Siegen für Norwegen und einem für Österreich ging eine denkwürdige Nordische Ski-WM in Oslo zu Ende. Die Gastgeber feierten die Langläufer Therese Johaug und Petter Northug. Österreichs Skispringer gewannen im Team von der Großen Schanze. Deutsche Athleten blieben am Wochenende medaillenlos.

Dreimal Gold in Paris

Paris (ND). In Paris kürten sich die Leichtathleten Carolin Nytra im Hürdensprint, Sebastian Bayer im Weitsprung und Ralf Bartels im Kugelstoßen zu neuen Halleneuropameistern.

Seiten 18 bis 20